



Beschluss

des Landesvorstandes am 30.01.2017

Erwartungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen an die Wirtschaftspolitik einer CDU-geführten Landesregierung

1. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert einen konsequenten Abbau bürokratischer Lasten für den Mittelstand: die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, den Verzicht auf die Einführung einer Hygiene-Ampel sowie den Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für die Regelkontrolle bei der Lebensmittelüberwachung. Wir wollen zudem mit Hilfe digitaler Anwendungen unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich gestalten und die Lasten für den Mittelstand reduzieren.
2. Nordrhein-Westfalen hat seit 2010 3800 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren. Wir brauchen daher eine Flächenpolitik, die wieder wirtschaftliches Wachstum fördert. Dazu sind unnötige Restriktionen für die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen, zusätzliche Flächenrestriktionen aus dem Landesnaturschutzgesetz zu entfernen und die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurückzunehmen. Ferner setzen wir uns für die Schaffung eines immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutzes ein. Bei der Neuansiedlung gewerblicher oder industrieller Unternehmen auf bisher entsprechend genutzten Flächen müssen diese immissionsschutzrechtlich der Vornutzung gleichgestellt werden. Das bedeutet: Neu angesiedelte Betriebe dürfen bei gleichbleibendem Abstand zur bestehenden Bebauung in gleichem Umfang emittieren wie der bisher auf der Fläche angesiedelte Betrieb. Nur so kann gewährleistet werden, dass gewerbliche oder industrielle Brachflächen auch zukünftig wieder einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden können.
3. Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen dauern zu lange. Das gilt sowohl für wichtige Infrastrukturprojekte wie auch für die Genehmigung von Industrieanlagen. Ursächlich hierfür ist die Ausweitung von

Verbandsklagerechten und Beteiligungsrechten von Tier-, Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Diese müssen wir, sofern sie nicht durch EU- oder Bundesrecht zwingend vorgeschrieben sind, abschaffen. Gleichzeitig setzen wir uns für einen Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazitäten in Nordrhein-Westfalen ein.

4. Nirgendwo in Deutschland ist die kommunale Abgabenlast für Unternehmen durch die Grund- und Gewerbesteuer so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen, um aus der Steuererhöhungsspirale für den Mittelstand und die Bürger herauszukommen. Das hilft auch die Miet- und Nebenkosten zu begrenzen.
5. Wir brauchen mehr Investitionen in die Zukunft, in Digitalisierung. Wir wollen die freiwerdenden Steinkohlesubventionen in den Ausbau des Glasfasernetzes investieren und für die Digitalisierung der Wirtschaft zur Verfügung stellen.
6. Alleingänge des Landes beim Klimaschutz lehnen wir ab. Aufgrund des bestehenden europäischen Emissionshandels führen diese lediglich zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen, ohne dass dem Klimaschutz geholfen wird. Wir fordern die Abschaffung des Landesklimaschutzgesetzes und des Landesklimaschutzplans und auf allen Ebenen das Eintreten für eine Energiepolitik, die den Anforderungen des Industrielandes NRW gerecht wird.
7. Die Mittelstandsvereinigung setzt sich dafür ein, das bestehende Mittelstandsgesetz mit Leben zu füllen. Wir wollen Clearingverfahren auch auf Gesetzesinitiativen des Landtages ausweiten sowie eine Berichtspflicht der Landesregierung zur Umsetzung von Empfehlungen der Clearingstelle Mittelstand einführen. Ferner darf die Durchführung von Clearingverfahren nicht mehr im Ermessen des jeweiligen Ressorts stehen. Außerdem ist zu prüfen, wie die Mittelstandsförderung über das Mittelstandsgesetz ausgebaut werden kann.
8. Im Bundesländervergleich wird in Nordrhein-Westfalen zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert. Wir fordern eine Reform des Hochschulgesetzes, um die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren sowie die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Gleichzeitig muss die bestehende EFRE-Förderung zu einer echten Innovationsförderung ausgebaut werden.

9. Wir wollen das Ladenöffnungsgesetz novellieren. Wir wollen zurück zur Rechtslage vor 2013. Insbesondere brauchen wir eine rechtssichere gesetzliche Lösung für verkaufsoffene Sonntage, ohne die Sonntagsruhe zu sehr zu stören. Wir streben bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Ladenlokal an.
10. Wir bekennen uns klar zur Selbstverwaltung der Wirtschaft. Wir wollen das Kammersystem im Handwerk, den Freien Berufen, in Industrie und Handel stärken. Gemeinsam mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft wollen wir prüfen, ob weitere hoheitliche Tätigkeiten auf die Kammern übertragen werden können.

Wirtschaftswachstum ist nicht nur eine Zahl! Wachstum ist Voraussetzung dafür, die in Nordrhein-Westfalen deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zu senken, dem Staat die notwendigen Steuereinnahmen zu sichern, ohne den Einzelnen immer stärker zu belasten und den Schwächsten Teilhabe zu sichern.